

Freiheitsentziehung und Unterbringung

Materielles Recht und Verfahrensrecht

Bearbeitet von

Von Dr. Rolf Marschner, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Sozialrecht, Dr. Wolfgang Lesting, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht, und Rolf Stahmann, Rechtsanwalt

6. Auflage 2019. Buch. LIV, 646 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 73492 2

Format (B x L): 12,8 x 19,4 cm

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Zivilverfahrensrecht allgemein, Gesamtdarstellungen > Schiedsverfahrensrecht, Freiwillige Gerichtsbarkeit](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Marschner/Lesting/Stahmann
Freiheitsentziehung und Unterbringung


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 32

Freiheitsentziehung und Unterbringung

Materielles Recht und Verfahrensrecht

Nunmehr bearbeitet von

Dr. Rolf Marschner

Fachanwalt für Sozialrecht in München

Dr. Wolfgang Lesting

Vorsitzener Richter am OLG Oldenburg

Rolf Stahmann

Fachanwalt für Migrationsrecht in Berlin

In 2. Aufl. bearbeitet von Prof. Dr. Horst Göppinger,
in 3. und 4. Aufl. fortgeführt von Rolf Marschner und Bernd Volckart

6., neu bearbeitete Auflage
2019



Bearbeiterverzeichnis

Marschner:	Kapitel A Kapitel B 1–5, 7e Kapitel C
Lesting:	Kapitel B 6–8 Kapitel D Kapitel E 1–3, 5
Stahmann:	Kapitel E 4 Kapitel F

Zitierweise

Bearbeiter in MLS Kap. Rn.

Beispiele:

Marschner in MLS Kap. A Rn. 30

Lesting in MLS Kap. D FamFG § 335 Rn. 17


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 73492 2

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG

Gutenbergstraße 8, 93051 Regensburg

Satz: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Umschlaggestaltung: Fotosatz Amann GmbH & Co. KG, Memmingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 6. Auflage

Nach neun Jahren erscheint die Neuauflage des Kommentars zur außerstrafrechtlichen Freiheitsentziehung. Er behandelt die Unterbringung minderjähriger und volljähriger Personen nach öffentlichem Recht und Zivilrecht, die Abschiebungshaft sowie den Polizeigewahrsam und betrifft damit die Personengruppen, denen in unserer Rechtsordnung in erheblicher Zahl präventive Freiheitsentziehung zugemutet wird. Die Zahlen der Betroffenen zu verschiedenen Zeiten und im regionalen Vergleich belegen, wie sehr dieser Bereich der Freiheitsentziehung gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen unterliegt. Es wird außerdem deutlich, dass dem Grundrechtsschutz der Betroffenen in keinem der genannten Bereiche ausreichend Rechnung getragen wird, weil viele Freiheitsentziehungen vermeidbar wären.

Die Entwicklung des Rechtsgebiets ist insbesondere im Bereich des Ausländer-, aber auch des Polizei- und Unterbringungsrechts in hohem Maß von gesetzgeberischen Aktivitäten geprägt, so dass eine Kommentierung immer nur den Zeitpunkt ihrer Bearbeitung abbilden kann. Umso wichtiger ist es, verfassungsrechtliche Vorgaben herauszuarbeiten, die einen über den aktuellen Zeitpunkt hinausgehenden Rahmen für das Recht der Freiheitsentziehung setzen. Besonders das Unterbringungsrecht einschließlich des Rechts der Zwangsbehandlung ist in den letzten Jahren entscheidend durch die Rechtsprechung des BVerfG und die daraus folgenden Gesetzesänderungen beeinflusst. Im Polizei- und Ausländerrecht stehen entsprechende Weichenstellungen noch aus.

Die Gliederung der Voraufgabe wurde beibehalten. Gesetzestexte werden nur noch vereinzelt abgedruckt, weil sie den allgemein zugänglichen Quellen entnommen werden können. Rechtsprechung und Literatur sind bis Ende 2018 berücksichtigt.

In der Neuauflage wird das Gewicht in stärkerem Maß als bisher auf das materielle Abschiebungshaftrecht und das diesbezügliche Verfahren gelegt. Wir sind froh, mit RA Rolf Stahmann einen hochqualifizierten und spezialisierten Mitautor gefunden zu haben.

In einem Punkt unterscheidet sich die Neuauflage wesentlich von der Voraufgabe. Auf den umfangreichen und daher auch kostenintensiven Abdruck der Landesgesetze musste verzichtet werden. Diese sind den Käufern nunmehr online zugänglich; dies hat auch den Vorteil, dass neueste Entwicklungen dort laufend nachgetragen werden können. Nähere Informationen zum Download befinden sich ganz vorne vor dem Titelblatt.

Berlin, München und Oldenburg, im März 2019

Die Autoren



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 6. Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXXIII
A. Einführung	1
B. Die Ländergesetze zur Unterbringung psychisch kranker und abhängiger Menschen	73
C. Zivilrechtliche Unterbringung (Kommentierung einschlägiger Vorschriften des BGB)	213
D. Das Unterbringungsverfahren	283
E. Materielles Freiheitsentziehungsrecht	439
F. Verfahren in Freiheitsentziehungssachen	523
Sachregister	639


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung

1. Verfassungsrechtliche und gesetzliche Grundlagen	2
a) Grundgesetz und Menschenrechtskonventionen	2
b) Gesetzliche Grundlagen der Freiheitsentziehung	4
aa) Entwicklung der zivilrechtlichen Unterbringung	5
bb) Die Entwicklung des öffentlichen Unterbringungsrechts	6
cc) Die Entwicklung des Freiheitsentziehungsrechts	7
dd) Künftige Rechtsentwicklung	7
ee) Ausländische Regelungen	8
c) Rechtsprechung des EGMR und des BVerfG	9
d) Auswirkungen der UN-BRK	13
2. System des Unterbringungs- und Freiheitsentziehungsrechts	14
a) Horizontale Gliederung	15
b) Vertikale Gliederung	17
c) Der rechtssystematische Ort der Unterbringungen nach § 312 FamFG	19
d) System des Freiheitsentzugs in Freiheitsentziehungssachen	20
3. Statistische und sozialwissenschaftliche Grundlagen	20
a) Vorbemerkung	20
b) Statistiken des Bundes und der Länder	21
c) Diskussion der Statistiken von Bund und Ländern	28
d) Untersuchungen zur Unterbringung bzw. Zwangseinweisung aus juristischer, medizinischer und sozialwissenschaftlicher Sicht	30
aa) Zahl der Zwangseinweisungen bzw. Freiheitsentziehungen	30
bb) Das Verhältnis von sofortiger, vorläufiger und endgültiger Unterbringung	35
cc) Dauer der Unterbringung	37
dd) Krankheitsbilder	38
ee) Gründe für Zwangseinweisungen	40
ff) Die Gefährlichkeit psychisch kranker Menschen	43
gg) Zwangsbehandlung	45
hh) Folgerungen für die Auslegung des Unterbringungsrechts	45
4. Krankheitsbegriff	47
a) Vorbemerkung	47
b) Gesetzsterminologie	48
c) Juristischer und medizinischer Krankheitsbegriff	49
d) Aspekte des Krankheitsbegriffs	50
e) Konkretisierung des Krankheitsbegriffs	52
f) Auslegungsgrundsätze	54

Inhaltsverzeichnis

Teil B

5. Die Gefährlichkeit und ihre Voraussage: Prognosemethoden im Unterbringungsrecht	56
a) Der prognostische Syllogismus	56
b) Prämissen und Wahrscheinlichkeitsaussage	59
c) Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeitsaussage	61
6. Verhältnis und Konkurrenz der Freiheitsentziehungsformen ..	63
a) Konkurrenz in Vollstreckung und Vollzug	64
b) Konkurrenz bei der Anordnung der Unterbringung – Bundesrecht	64
c) Scheinbare Konkurrenz mit den Maßregeln	66
d) Landesrechtliche Regelungen über die Anordnungskonkurrenz	68
7. Haftung bei rechtswidriger Unterbringung	69

B. Die Ländergesetze zur Unterbringung psychisch kranker und abhängiger Menschen

1. Grundlagen des öffentlichen Unterbringungsrechts	75
a) Geschichtliche Hintergründe der öffentlich-rechtlichen Unterbringung	75
b) Systematik des öffentlichen Unterbringungsrechts	76
c) Rechtspolitischer Rahmen des öffentlichen Unterbringungsrechts	78
d) Die öffentlich-rechtliche Unterbringung als Teil des Gesundheitsrechts	81
e) Die Gefahrenabwehr in der Struktur des Gesundheitsrechts	84
f) Gesetzgebungskompetenz	85
2. Auslegungs- und Gestaltungsgrundsätze im öffentlichen Unterbringungsrecht	87
a) Gleichbehandlung von psychisch kranken Menschen	87
b) Zweck und Ziel der Unterbringung	88
c) Unterbringung als Sonderopfer	89
d) Selbstbestimmungsrecht und Schutz der Grundrechte	90
e) Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	91
3. Hilfen und Maßnahmen	91
a) Rechtspolitische Einschätzung	92
b) Aufgaben und Bedingungen der vor- und nachgehenden Hilfen	95
c) Rechtslage – Allgemeine Grundsätze	97
d) Rechtslage – Befugnisse und Pflichten bei Hilfen und Maßnahmen	99
e) Die Ländergesetze	100
4. Außergerichtliches Verfahren (Verwaltungsverfahren)	106
a) Sachliche Zuständigkeit der Behörde	107
b) Örtliche Zuständigkeit der Behörde	107
c) Anforderungen an den Antrag auf Anordnung der Unterbringung	108
d) Verfahren zur Vermeidung der Unterbringung	110

e) Vorgeschiedene Ermittlungen und eventueller Zwang	110
f) Sofortige Unterbringung	111
g) Bekanntgabe der Beendigung des Verwaltungsverfahrens . .	114
h) Mitteilungspflicht	115
i) Gerichtliche Kontrolle belastender Maßnahmen	115
5. Anordnung der Unterbringung	116
a) Überblick	116
b) Freiheitsentziehung und freiwillige Unterbringung	116
c) Krankheit, Sucht, Behinderung	117
d) Gefahr	119
aa) Überblick über die gesetzlichen Regelungen	119
bb) Der polizeirechtliche Gefahrbegriff	121
cc) Der strafrechtliche Gefahrbegriff	122
dd) Der Gefahrbegriff im Unterbringungsrecht	122
e) Kausalität	132
f) Erforderlichkeit	133
6. Vollstreckung	134
a) Das Vollstreckungsverfahren der Gesundheitsbehörde	134
b) Vollstreckungskonkurrenz mit Freiheitsentzug auf Grund Bundesrechts	136
c) Vollstreckungsplan und Beleihung	137
7. Vollzug der Unterbringung	139
a) Grundlagen des Vollzugsrechts	139
aa) Erkenntnisquellen	139
bb) Differenzierung der Maßnahmen	140
cc) Trennung der Eingriffsrichtung	141
dd) Zweck und Ziel	142
ee) Kompensation des Sonderopfers	142
ff) In dubio pro libertate	142
b) Grundsätze der Vollzugsgestaltung	143
c) Aufnahmevollzug	145
aa) Organisation der Aufnahme	145
bb) Eingangsuntersuchung	148
d) Behandlungs- und Vollzugsplan	149
e) Behandlung	151
aa) Anlasskrankheit und sonstige (interkurrente) Erkrankungen	151
bb) Enger und weiter Begriff der Behandlung	152
cc) Behandlungsmethoden	153
dd) Behandlungsanspruch	155
ee) Das Behandlungsmodell im Unterbringungsvollzug	156
ff) Freiwillige Behandlung	157
gg) Einwilligung durch den gesetzlichen Vertreter	160
hh) Zwangsbehandlung der Anlasskrankheit	161
ii) Notfallbehandlungen	165
jj) Länderregelungen:	165
f) Einzelne Maßnahmen der Vollzugsgestaltung	171
aa) Allgemeines	171

Inhaltsverzeichnis

Teile B/C

bb) Wohnen	173
cc) Besitz von Sachen	173
dd) Kleidung	175
ee) Durchsuchung	175
ff) Form der Unterbringung	176
gg) Einkauf und Paketempfang	177
hh) Aufenthalt im Freien	178
ii) Freizeit	178
jj) Medien und Kommunikation	179
kk) Schriftverkehr	180
ll) Telefon	184
mm) Besuch	185
nn) Arbeit	189
oo) Belastungserprobung und Aufenthalt außerhalb der Einrichtung	189
pp) Verlegung in ein anderes Krankenhaus	193
qq) Religionsausübung	193
rr) Besondere Sicherungsmaßnahmen	194
ss) Unmittelbarer Zwang	200
tt) Anordnungsbefugnis	202
uu) Disziplinarmaßnahmen	202
vv) Wegfall der Unterbringungs Voraussetzungen:	202
ww) Beendigung der Unterbringung	203
xx) Aussetzung des Vollzugs	203
yy) Entlassung	204
zz) Entlassungsvorbereitung	204
g) Freiwilliger Aufenthalt	205
h) Nachsorgende Hilfen	205
i) Datenschutz	206
j) Auskunft und Akteneinsicht	206
k) Beschwerdestellen, Besuchskommissionen, Patientenfürsprecher	207
8. Kosten der Unterbringung	209
a) Kosten der verschiedenen Verfahrensabschnitte	209
b) Kosten des vorbereitenden Verwaltungsverfahrens	209
c) Kosten der Vollstreckung	209
d) Kosten des Vollzugs der Unterbringung	210
 C. Zivilrechtliche Unterbringung (Kommentierung einschlägiger Vorschriften des BGB)	
Vorbemerkungen zu §§ 1631b ff. BGB	213
1. Überblick	213
2. Bestellung eines rechtlichen Betreuers	214
a) Krankheit und Behinderung	214
b) Betreuerbestellung gegen den Willen des Betroffenen	215
c) Erforderlichkeit der Betreuung	216
3. Pflichten des Betreuers	220

4. Zwangsbefugnisse des Betreuers	223
§ 1631b Freiheitsentziehende Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen	224
1. Überblick	224
2. Voraussetzungen der Genehmigung	225
a) Freiheitsentziehende Unterbringung	225
b) Freiheitsentziehende Maßnahmen	226
c) Zwangsbehandlung	227
d) Einwilligung	227
e) Unterbringung zum Wohl des Kindes	228
3. Genehmigung des Familiengerichts	229
4. Rücknahme der Genehmigung	230
5. Verhältnis zur Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII	231
6. Verhältnis zu öffentlich-rechtlicher und strafrechtlicher Unterbringung	232
§ 1846 Einstweilige Maßregeln des Familiengerichts	232
1. Überblick	233
2. Anwendungsbereich im Betreuungsrecht	233
§ 1904 Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Maßnahmen	235
1. Überblick	236
2. Anwendungsbereich	237
3. Einwilligung und Aufklärung	238
4. Voraussetzungen der Genehmigungspflicht nach Abs. 1	241
a) Gefahren bei ärztlichen Maßnahmen außerhalb der Anlasskrankheit	242
b) Gefahren bei ärztlichen Maßnahmen betreffend die Anlasskrankheit	242
5. Voraussetzungen der Genehmigungspflicht nach Abs. 2	245
6. Voraussetzungen der Genehmigung (Abs. 3)	246
a) Patientenverfügung	246
b) Behandlungswünsche und mutmaßlicher Wille	247
c) Entscheidungsgrundlagen für die Genehmigung nach Abs. 2	248
d) Entscheidungsgrundlagen für die Genehmigung nach Abs. 1	248
7. Absehen von der Genehmigungspflicht (Abs. 1 Satz 2, Abs. 4)	249
8. Arzneimittelgesetz	250
9. Verfahren	250
§ 1906 Genehmigung des Betreuungsgerichts bei freiheitsentziehender Unterbringung und bei freiheitsentziehenden Maßnahmen ..	251
1. Überblick	252
2. Voraussetzungen der Unterbringung durch Betreuer und Bevollmächtigten (Abs. 1)	253
a) Betreuung und Bevollmächtigung	253
b) Freiheitsentziehung	254
c) Unterbringung zum Wohl des Betreuten	256
aa) Selbstgefährdung (Nr. 1)	256
bb) Unterbringung zur Durchführung ärztlicher Maßnahmen (Nr. 2)	260

Inhaltsverzeichnis

Teile C/D

cc) Erforderlichkeit der Unterbringung	263
dd) Sozialrechtliche Grundlagen der Unterbringung	264
3. Genehmigung des Betreuungsgerichts (Abs. 2)	265
4. Beendigung der Unterbringung (Abs. 3)	265
5. Freiheitsentziehende Maßnahmen (Abs. 4)	266
a) Grundzüge der Regelung und Anwendungsbereich	266
b) Betreuung und Bevollmächtigung	268
c) Mittel der Freiheitsentziehung	268
d) Dauer und Häufigkeit der Freiheitsentziehung	270
e) Voraussetzungen der Genehmigung	270
f) Genehmigung und Beendigung der Maßnahme	273
6. Verhältnis zu öffentlich-rechtlicher und strafrechtlicher Unterbringung	274
7. Vollzug der Unterbringung	275
§ 1906a Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Zwangsmaßnahmen	275
1. Überblick	276
2. Anwendungsbereich	277
3. Voraussetzungen der Einwilligung	279
4. Genehmigung des Betreuungsgerichts (Abs. 2)	281
5. Verbringung (Abs. 4)	282

D. Das Unterbringungsverfahren

Vorbemerkungen zu §§ 312 ff. FamFG	283
1. Freiwillige Gerichtsbarkeit	283
2. Grundrechtsschutz durch Verfahren	284
3. Verfahrenstyp und Verfahrensgrundsätze	284
4. Antragsverfahren	285
5. Beweisverfahren	286
6. Mitwirkungspflicht der Beteiligten	291
7. Rechtskraft	292
§ 151 Kindschaftssachen	292
1. Normzweck und Anwendungsbereich	293
2. Genehmigung von freiheitsentziehender Unterbringung und freiheitsentziehenden Maßnahmen bei Minderjährigen (Nr. 6)	293
3. Anordnung der freiheitsentziehenden Unterbringung Minderjähriger nach den Landesgesetzen über die Unterbringung psychisch Kranker (Nr. 7)	294
§ 167 Anwendbare Vorschriften bei Unterbringung Minderjähriger und bei freiheitsentziehenden Maßnahmen bei Minderjährigen	294
1. Normzweck und Anwendungsbereich	295
2. Sonderregelungen für das Verfahren der Unterbringung Minderjähriger	296
a) Verfahrensbeistand (Abs. 1 Satz 2 und 3)	296
b) Unterrichtungspflichten der Gerichte (Abs. 2)	296
c) Verfahrensfähigkeit (Abs. 3)	296
d) Anhörung des gesetzlichen Vertreters (Abs. 4)	296

e) Unterstützung bei der Zuführung (Abs. 5)	296
f) Qualifikation des Sachverständigen (Abs. 6)	297
g) Ende der Maßnahmen (Abs. 7)	297
§ 312 Unterbringungssachen	298
1. Anwendungsbereich und Normzweck	298
2. Zivilrechtliche Unterbringung	299
3. Öffentlich-rechtliche Unterbringung	300
4. Antragserfordernis	303
5. Zuständigkeiten	303
§ 313 Örtliche Zuständigkeit	303
1. Anwendungsbereich	304
2. Örtliche Zuständigkeit bei zivilrechtlicher Unterbringung (Abs. 1)	304
3. Örtliche Zuständigkeit bei Eilmaßnahmen (Abs. 2)	305
4. Örtliche Zuständigkeit bei öffentlich-rechtlicher Unterbringung (Abs. 3)	306
5. Gegenseitige Mitteilungspflichten (Abs. 4)	306
6. Internationale Zuständigkeit	307
§ 314 Abgabe der Unterbringungssache	307
1. Anwendungsbereich und Normzweck	307
2. Voraussetzungen der Abgabe	307
3. Verfahren	308
§ 315 Beteiligte	309
1. Anwendungsbereich und Normzweck	309
2. Die Muss-Beteiligten (Abs. 1–3)	310
a) Der Betroffene (Abs. 1 Nr. 1)	310
b) Der Betreuer (Abs. 1 Nr. 2)	310
c) Der Vorsorgebevollmächtigte (Abs. 1 Nr. 3)	310
d) Der Verfahrenspfleger (Abs. 2)	311
e) Die zuständige Behörde (Abs. 3)	311
3. Die Kann-Beteiligten (Abs. 4)	311
a) Die nahen Angehörigen (Abs. 4 Satz 1 Nr. 1)	312
b) Die Vertrauensperson (Abs. 4 Satz 1 Nr. 2)	312
c) Der Leiter der Einrichtung (Abs. 4 Satz 1 Nr. 3)	313
d) Öffnungsklausel für das Landesrecht (Absatz 4 Satz 2)	313
4. Verfahren	313
§ 316 Verfahrensfähigkeit	314
1. Anwendungsbereich und Normzweck	314
2. Definition und Umfang	314
§ 317 Verfahrenspfleger	314
1. Anwendungsbereich und Normzweck	315
2. Voraussetzungen der Bestellung eines Verfahrenspflegers (Abs. 1)	316
a) Grundsatz (Satz 1)	316
b) Bei Absehen von der Anhörung (Satz 2)	317
c) Bei ärztlichen Zwangsmaßnahmen (Satz 3)	317
3. Zeitpunkt der Bestellung	318
4. Begründungspflicht bei Nichtbestellung (Abs. 2)	318

Inhaltsverzeichnis

Teil D

5. Auswahl des Verfahrenspflegers (Abs. 3)	319
6. Vorrang für einen Verfahrensbevollmächtigten (Abs. 4)	320
7. Rechtsstellung des Verfahrenspflegers	320
8. Ende der Verfahrenspflegschaft (Abs. 5)	321
9. Unanfechtbarkeit (Abs. 6)	321
10. Kosten (Abs. 7)	321
§ 318 Vergütung und Aufwendungsersatz des Verfahrenspflegers	321
1. Anwendungsbereich	321
2. Aufwendungsersatz für Verfahrenspfleger	322
3. Vergütung des Verfahrenspflegers	323
4. Pauschalierung von Aufwendungsersatz und Vergütung	323
5. Verfahren	324
§ 319 Anhörung des Betroffenen	324
1. Anwendungsbereich und Normzweck	325
2. Anhörung des Betroffenen (Abs. 1, 2)	326
a) Zeitpunkt und Ort der Anhörung	326
b) Benachrichtigung von der Anhörung	327
c) Durchführung der Anhörung	327
d) Inhalt der Anhörung	329
3. Absehen von der mündlichen Anhörung (Abs. 3)	330
4. Anhörung im Wege der Rechtshilfe (Abs. 4)	331
5. Vorführung des Betroffenen (Abs. 5)	332
6. Gewaltanwendung (Abs. 6)	332
7. Wohnungsöffnung (Abs. 7)	332
8. Verfahrensfehler	333
§ 320 Anhörung der sonstigen Beteiligten und der zuständigen Behörde	333
1. Anhörung der sonstigen Beteiligten	334
2. Anhörung der zuständigen Behörde	335
3. Verfahren	335
§ 321 Einholung eines Gutachtens	335
1. Anwendungsbereich und Normzweck	336
2. Einholung eines Sachverständigengutachtens (Abs. 1)	336
a) Beweisanordnung	337
b) Auswahl des Sachverständigen	338
c) Anforderungen an das Gutachten	340
d) Bekanntgabe des Gutachtens	343
e) Überprüfung des Gutachtens durch das Gericht	344
3. Ärztliches Zeugnis (Abs. 2)	346
4. Therapeutische Verschwiegenheit und Gutachtenverweigerung	346
§ 322 Vorführung zur Untersuchung; Unterbringung zur Begutachtung	348
1. Anwendungsbereich und Normzweck	348
2. Vorführung zur Untersuchung	348
3. Unterbringung zur Begutachtung	350
§ 323 Inhalt der Beschlussformel	351
1. Anwendungsbereich und Normzweck	351

2. Inhalt der Beschlussformel	352
3. Begründung	354
4. Rechtsmittelbelehrung	355
5. Fehlen der erforderlichen Angaben	355
§ 324 Wirksamwerden von Beschlüssen	356
1. Anwendungsbereich und Normzweck	356
2. Grundsätzliche Wirksamkeit (Abs. 1)	357
3. Sofortige Wirksamkeit (Abs. 2)	357
4. Ende der Wirksamkeit	358
5. Rechtsbehelf	359
§ 325 Bekanntgabe	359
1. Anwendungsbereich und Normzweck	359
2. Bekanntgabe von Entscheidungen (Abs. 2)	359
3. Absehen von der Bekanntgabe der Entscheidungsgründe (Abs. 1)	361
§ 326 Zuführung zur Unterbringung; Verbringung zu einem stationären Aufenthalt	361
1. Anwendungsbereich	362
2. Zuführung zur Unterbringung (Abs. 1)	362
3. Anwendung von Gewalt (Abs. 2 und 3)	363
4. Rechtsmittel	364
§ 327 Vollzugsangelegenheiten	364
1. Allgemeines zur Vollzugskontrolle bei der Unterbringung	365
a) Rechtsweg beim Vollzug der öffentlich-rechtlichen Unterbringung (Unterbringungsmaßnahme)	365
b) Rechtsweg beim Vollzug der zivilrechtlichen Unterbringung und der freiheitsentziehenden Maßnahmen	366
c) Rechtsweg beim Vollzug der vorläufigen zivilrechtlichen Unterbringung nach §§ 334, 1846 BGB	368
d) Grundsätze des gerichtlichen Verfahrens nach § 327	368
2. Kommentierung des § 327	370
a) Anwendungsbereich und Normzweck	370
b) Antrag	370
c) Antragsgegenstand	371
d) Antragsarten	371
e) Antragsbefugnis	372
f) Antragsgegner	372
g) Form und Frist	372
h) Zuständiges Gericht	372
i) Die gerichtliche Prüfung	373
j) Überprüfung ärztlicher Maßnahmen	377
k) Die gerichtliche Entscheidung	377
l) Aufschiebende Wirkung	378
m) Gerichtliche Zwangsmaßnahmen	378
n) Unanfechtbarkeit	378
3. Rechtsbehelfe außerhalb des Rechtswegs	379
a) Verfassungsbeschwerde	379
b) Dienstaufsichtsbeschwerde	379

Inhaltsverzeichnis

Teil D

c) Petition	379
d) Weitere Kontrollorgane	380
§ 328 Aussetzung des Vollzugs	380
1. Anwendungsbereich und Normzweck	380
2. Voraussetzungen der Aussetzung	381
3. Auflagen	382
4. Befristung	383
5. Widerruf der Aussetzung	383
6. Verfahren	383
§ 329 Dauer und Verlängerung der Unterbringung*	384
1. Anwendungsbereich und Normzweck	385
2. Dauer der Unterbringung (Abs. 1)	385
3. Verlängerung (Abs. 2)	387
a) Verlängerungsverfahren	387
b) Auswahl des Sachverständigen	388
§ 330 Aufhebung der Unterbringung	389
1. Anwendungsbereich und Normzweck	390
2. Wegfall der Voraussetzungen	390
3. Verfahren	391
Vorbemerkungen zu §§ 331–334	392
1. Die Eilmaßnahmen im System des Unterbringungsrechts	392
2. Anwendungsbereich und Neuregelung	393
§ 331 Einstweilige Anordnung	394
1. Anwendungsbereich	395
2. Materiell-rechtliche Voraussetzungen vorläufiger Unterbringungsmaßnahmen	395
a) Vorliegen der Voraussetzungen einer Unterbringungsmaßnahme	395
b) Dringendes Bedürfnis für ein sofortiges Tätigwerden	396
c) Prognose	396
3. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen vorläufiger Unterbringungsmaßnahmen (Satz 1 Nr. 1)	397
a) Ärztliches Zeugnis (Satz 1 Nr. 2)	397
b) Verfahrenspfleger (Satz 1 Nr. 3)	398
c) Persönliche Anhörung des Betroffenen (Satz 1 Nr. 4 und Satz 2)	398
d) Anhörung weiterer Beteiligter	399
e) Sachverhaltsaufklärung	399
f) Verhältnismäßigkeit	400
4. Entscheidung	400
5. Rechtsmittel	400
§ 332 Einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit	400
1. Anwendungsbereich und Normzweck	400
2. Voraussetzungen einer dringlichen einstweiligen Anordnung ..	401
3. Nachholung der Verfahrenshandlungen	402
§ 333 Dauer der einstweiligen Anordnung	402
1. Anwendungsbereich und Normzweck	403

2. Dauer der einstweiligen Anordnung (Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 1)	403
3. Dauer einer Verlängerung (Abs. 1 S. 2–5, Abs. 2 S. 2)	404
4. Voraussetzungen einer Verlängerung	404
§ 334 Einstweilige Maßregeln	406
1. Anwendungsbereich und Normzweck	406
2. Voraussetzungen einer Unterbringungsmaßnahme nach § 334 iVm § 1846 BGB	406
3. Entscheidung	407
4. Weiteres Verfahren	407
§ 335 Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde	408
1. Anwendungsbereich und Normzweck	409
2. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe in Unterbringungssachen	409
a) Beschwerde:	409
b) Rechtsbeschwerde:	412
c) Die sofortige Beschwerde nach §§ 567 ff. ZPO:	415
d) Nichtanhörungsrüge nach § 44:	415
e) Weitere Rechtsschutzmöglichkeiten:	415
3. Beschwerdeberechtigung	415
a) Beschwerdeberechtigung des Betroffenen	416
b) Beschwerdeberechtigung nahe stehender Personen (§ 335 Abs. 1 Nr. 1 und 2)	416
c) Beschwerdeberechtigung des Leiters der Einrichtung (§ 335 Abs. 1 Nr. 3)	418
d) Beschwerdeberechtigung des Verfahrenspflegers (§ 335 Abs. 2)	418
e) Beschwerdeberechtigung des Betreuers bzw. des Vorsorgebevollmächtigten (§ 335 Abs. 3)	419
f) Beschwerdeberechtigung der zuständigen Behörde (§ 335 Abs. 4)	419
4. Beschwerdeverfahren	420
a) Anhörung der Betroffenen:	421
b) Gutachten:	422
c) Zeugenvernehmungen:	422
d) Anhörung der Beteiligten:	422
e) Verfahrenspfleger:	422
f) Heilung von Verfahrensmängeln	423
5. Entlassung des Betroffenen und Erledigung	423
§ 336 Einlegung der Beschwerde durch den Betroffenen	425
§ 337 Kosten in Unterbringungssachen	426
1. Normzweck und Anwendungsbereich	427
2. Unterbringungsmaßnahmen nach § 312 Nr. 1 bis 3 (Abs. 1)	427
3. Unterbringungsmaßnahmen nach § 312 Nr. 4 (Abs. 2)	428
4. Anfechtung der Kostenentscheidung	429
5. Kostenfestsetzung	429
§ 338 Mitteilung von Entscheidungen	429
1. Normzweck und Anwendungsbereich	430
2. § 338 Satz 1	430
a) Entsprechende Anwendung des § 308	430

Inhaltsverzeichnis

Teile D/E

aa) Inhalt und Voraussetzungen der Mitteilungen von Entscheidungen (§ 308 Abs. 1 und 2):	431
bb) Unterrichtung des Betroffenen (§ 308 Absatz 3):	433
cc) Dokumentationspflicht des Gerichts (§ 308 Absatz 4): ..	434
b) Entsprechende Anwendung des § 311	434
aa) Inhalt und Voraussetzungen der Mitteilungen zur Strafverfolgung (§ 311 Satz 1):	434
bb) Unterrichtung und Dokumentation (§ 311 Satz 2)	435
3. § 338 Satz 2	435
4. Verfahren	435
5. Rechtsmittel	435
§ 339 Benachrichtigung von Angehörigen	436

E. Materielles Freiheitsentziehungsrecht

1. Überblick	440
2. Therapieunterbringungsgesetz	442
3. Infektionsschutzgesetz	442
4. AufenthG, AsylG und Dublin III-VO	442
a) Allgemeines	442
aa) Begriffe	442
bb) weitere Haftzwecke	443
cc) Entwicklung der Abschiebungshaft	443
b) Gesetzliche Regelungen	446
c) Allgemeine Voraussetzungen der Abschiebungshaft	448
d) Ingewahrsamnahme	448
aa) Anwendungsbereich	448
bb) Voraussetzungen	449
e) Sicherungshaft (§ 62 Abs. 3 AufenthG)	450
aa) Anwendungsbereich	450
bb) vollziehbare Ausreisepflicht	450
cc) Erforderlichkeit der Abschiebung	453
dd) Haftgründe	454
ee) Abschiebungsprognose	462
ff) zeitliche Hafthöchstgrenzen	465
gg) Erforderlichkeit der Sicherungshaft	469
hh) Verhältnismäßigkeit der Sicherungshaft	470
f) Zurückschiebungshaft (§ 57 AufenthG)	479
aa) Anwendungsbereich	479
bb) vollziehbare Zurückschiebungsverfügung	480
cc) Erforderlichkeit der Zurückschiebung	482
dd) Haftgründe	482
ee) Prognose	482
ff) zeitliche Hafthöchstfristen	482
gg) Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit	482
g) Überstellungshaft (Art. 28 Dublin III-VO)	483
aa) Anwendungsbereich	483
bb) vollziehbare Überstellungsentscheidung	484

cc) Haftgrund	485
dd) Überstellungsprognose	487
ee) zeitliche Höchstfristen	488
ff) Erforderlichkeit der Überstellungshaft	490
gg) Verhältnismäßigkeit der Überstellungshaft	490
h) Ausreisegewahrsam (§ 62b AufenthG)	492
aa) Anwendungsbereich	492
bb) Voraussetzungen	493
cc) Ermessensentscheidung	493
i) Zurückweisungshaft (§ 15 Abs. 5 AufenthG)	493
aa) Anwendungsbereich	493
bb) Zurückweisungsentscheidung	495
cc) Haftgrund	495
dd) zeitliche Hafthöchstgrenzen	496
ee) Erforderlichkeit der Zurückweisungshaft	497
ff) Verhältnismäßigkeit der Zurückweisungshaft	497
j) Transitgewahrsam und Transithaft (§ 15 Abs. 6 AufenthG)	497
aa) Anwendungsbereich	497
bb) Voraussetzungen des Transitgewahrsams	498
cc) zeitliche Gewahrsamshöchstgrenze	499
dd) Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit des Transitgewahrsams	499
ee) Voraussetzungen der Transithaft	499
k) Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 2 AufenthG)	500
aa) Anwendungsbereich	500
bb) Voraussetzungen	500
cc) Prognose	501
dd) zeitliche Hafthöchstfrist	501
ee) Erforderlichkeit der Vorbereitungshaft	501
ff) Verhältnismäßigkeit der Vorbereitungshaft	502
l) Vorführungshaft (§ 82 Abs. 4 AufenthG)	502
aa) Anwendungsbereich	502
bb) Voraussetzungen	502
cc) Verhältnismäßigkeit der Vorführungshaft	504
m) Verbringungshaft (§ 59 Abs. 2 AsylG)	504
aa) Anwendungsbereich	504
bb) Voraussetzungen	504
cc) Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Verbringungshaft	505
5. Polizeilicher Gewahrsam	505
a) Gesetzliche Grundlagen	505
b) Definition des Gewahrsams	507
c) Begriff der Freiheitsentziehung	507
d) Arten des Gewahrsams	508
aa) Schutzgewahrsam	508
bb) Unterbindungsgewahrsam	509
cc) Durchsetzungsgewahrsam	511
dd) Zurückführungsgewahrsam bei Minderjährigen	512

Inhaltsverzeichnis

Teile E/F

ee) Gewahrsam zur Durchsetzung bestimmter privater Rechte	512
ff) Zurückbringungsgewahrsam bei Entwichenen	512
gg) Weitere Regelungen	513
e) Voraussetzungen des Gewahrsams	513
f) Verfahren	513
g) Richterliche Entscheidung	514
h) Behandlung festgehaltener Personen	518
i) Vollzug des Gewahrsams	519
j) Dauer des Gewahrsams und Entlassung	521
aa) Polizeiliche Befugnis	521
bb) Höchstdauer	522

F. Verfahren in Freiheitsentziehungssachen

Vorbemerkungen zu den §§ 415 bis 432 FamFG	523
1. Regelungsbereich des FamFG	523
2. Verfassungsrechtliche Grundlage des Abschiebungshaftverfahrens	524
3. Europarechtliche Vorgaben für das Haftverfahren	525
4. Menschenrechtliche Vorgaben für das Haftverfahren	526
5. Aktuelle Probleme des Haftverfahrens	526
6. Prüfungskompetenzen des Haftrichters	530
§ 415 Freiheitsentziehungssachen	531
1. Anwendungsbereich	531
2. Begriff der Freiheitsentziehung	533
3. Konkurrenzen	537
§ 416 Örtliche Zuständigkeit	538
1. Anwendungsbereich	538
2. Örtliche Zuständigkeit	541
3. Sachliche Zuständigkeit	545
§ 417 Antrag	545
1. Antragserfordernis	546
2. Form des Antrags	547
3. Zeitpunkt des Antrags	547
4. Aushändigung des Antrags	548
5. Übersetzung des Antrags	548
6. Zuständige Behörde	549
7. Antragsbegründung	553
8. Folgen bei Mängeln	557
9. Vorlage der Ausländerakte	558
10. Anordnung der Freiheitsentziehung	560
§ 418 Beteiligte	561
1. Normzweck	561
2. „Muss“-Beteiligte (Abs. 1 und 2)	561
3. „Kann“-Beteiligte (Abs. 3)	562
4. Dolmetscher	564

§ 419	Verfahrenspfleger	566
1.	Anwendungsbereich und Normzweck	566
2.	Bestellung eines Verfahrenspflegers	567
3.	Beendigung der Verfahrenspflegschaft	570
4.	Anfechtbarkeit	570
5.	Kosten	571
6.	Ergänzungspfleger	571
7.	Beiordnung eines Rechtsanwalts und Verfahrenskostenhilfe	571
§ 420	Anhörung, Vorführung	573
1.	Anwendungsbereich	574
2.	Persönliche Anhörung des Betroffenen	574
3.	Vorführung des Betroffenen	579
4.	Unterbleiben der persönlichen Anhörung	579
5.	Anhörung weiterer Beteiligter	580
6.	Erforderlichkeit eines ärztlichen Sachverständigengutachtens	581
7.	Weitere Sachaufklärung	581
§ 421	Inhalt der Beschlussformel	583
1.	Normzweck	583
2.	Notwendiger Inhalt nach den allgemeinen Vorschriften	583
3.	Zusätzlicher Inhalt in Freiheitsentziehungssachen	584
4.	Begründung der Entscheidung	586
§ 422	Wirksamwerden von Beschlüssen	587
1.	Anwendungsbereich	587
2.	Wirksamkeit mit Rechtskraft	587
3.	Sofortige Wirksamkeit	588
4.	Vollzug der Freiheitsentziehung	589
5.	Ende der Wirksamkeit	592
§ 423	Absehen von der Bekanntgabe	593
1.	Bekanntgabe der Entscheidung	593
2.	Absehen von der Bekanntgabe	593
§ 424	Aussetzung des Vollzugs	594
1.	Normzweck	594
2.	Gerichtliche Aussetzung	595
3.	Behördliche Aussetzung	595
4.	Auflagen	595
5.	Widerruf der Aussetzung	596
6.	Verfahren und Entscheidung	596
§ 425	Dauer und Verlängerung der Freiheitsentziehung	597
1.	Anwendungsbereich	597
2.	Dauer der Freiheitsentziehung	597
3.	Ende der Freiheitsentziehung	599
4.	Verlängerung der Freiheitsentziehung	599
§ 426	Aufhebung	600
1.	Anwendungsbereich	601
2.	Aufhebung von Amts wegen	601
3.	Aufhebung auf Antrag	601
4.	Verfahren	602
§ 427	Einstweilige Anordnung	604

Inhaltsverzeichnis

Teil F

1. Anwendungsbereich	605
2. Voraussetzungen der einstweiligen Freiheitsentziehung (Abs. 1)	605
3. Verzicht auf persönliche Anhörung (Abs. 2)	607
4. Verfahren	608
§ 428 Verwaltungsmaßnahme; richterliche Prüfung	612
1. Anwendungsbereich	612
2. Verfahren bei behördlicher Freiheitsentziehung	612
3. Gerichtliche Kontrolle von Verwaltungsmaßnahmen	614
§ 429 Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde	615
1. Anwendungsbereich	616
2. Allgemeine Regelungen	616
3. Beschwerdebefugnis	617
a) Beschwerdebefugnis des Betroffenen	617
b) Beschwerdebefugnis der zuständigen Behörde	618
c) Beschwerderecht nahestehender Personen	618
d) Beschwerderecht des Verfahrenspflegers	619
4. Gang der Beschwerde	620
5. Rechtsbeschwerde	622
6. Erledigung	624
7. Anhörrngrüge	627
8. Verfassungsbeschwerde	627
9. Menschenrechtsbeschwerde	627
§ 430 Auslagenersatz	628
1. Anwendungsbereich	628
2. Voraussetzungen des Auslagenerstattung	629
3. Rechtsfolgen	630
4. Schadensersatz und Schmerzensgeld	630
§ 431 Mitteilung von Entscheidungen	632
§ 432 Benachrichtigung von Angehörigen	632
1. Allgemeines	633
2. Benachrichtigungen gemäß § 432 FamFG	633
3. Benachrichtigungen gemäß WÜK	634
4. sonstige Benachrichtigungspflichten	636
5. Aufzeichnungspflicht	636
Sachregister	639